



**Sozialdemokratische
Fraktion
im Bezirksausschuss 21
Pasing-Obermenzing**



Antrag zur BA-Sitzung des Bezirksausschusses 21 (Pasing-Obermenzing)
für die Sitzung am 03.012. 2013

Keine Schließung des Bürgerbüros !

Antrag:

Das Kreisverwaltungsreferat wird aufgefordert, den für das halbe Jahr ab dem 16. Dezember angekündigten Umbau des Bürgerbüros im Pasinger Rathaus zu stoppen, auf die Sommerferien 2014 zu verschieben und die Bauzeit entsprechend zu verkürzen.

Weiterhin wird auf die BA-Satzung und dort auf den Anhörungs punkt „Einrichtung und Schließung von Meldestellen“ hingewiesen. Zusätzlich wird daher eine Anhörung zu den Umbaumaßnahmen des Bürgerbüros im Pasinger Rathaus beantragt.

Zudem wird die Stadtverwaltung grundsätzlich aufgefordert, in solchen Fällen vorher die betroffenen Bezirksausschüsse anzuhören. Falls erforderlich, ist der Aufgabenkatalog der Bezirksausschüsse entsprechend anzupassen.

Im übrigen wird die Stadtverwaltung daran erinnert, dass seitens des Direktoriums zugesagt wurde, in Fällen die das Pasinger Rathaus betrifft, auch wenn diese Fälle nicht im Aufgabenkatalog (eine Information zum Ergänzungsneubau zum Pasinger Rathaus im Jahr 2002 war im Katalog der Fälle nicht vorgesehen) für die Bezirksausschüsse aufgeführt sind, den BA 21 rechtzeitig zu informieren bzw. anzuhören.

Begründung:

Es ist nicht nur ein Schildbürgerstreich, sondern eine Zumutung gegenüber den Bürgern im Münchner Westen, dass das Pasinger Bürgerbüro eine Woche vor Weihnachten halt mal ein halbes (!) Jahr geschlossen werden soll. Dazu werden nicht einmal die betroffenen Bezirksausschüsse im Münchner Westen in Kenntnis gesetzt bzw. angehört. Es erfolgt lediglich eine lapidare Veröffentlichung in der Rathausumschau. Das ist nicht nur schlechter Stil, sondern auch gerade in der Wintermonaten eine Unverfrorenheit gegenüber den Bürgern im Münchner Westen, insbesondere auch gegenüber unseren mobilitätseingeschränkten Bürgerinnen und Bürgern. Nebenbei dürfte bei einer vorgesehenen halbjährigen Schließung die Notwendigkeit zur Anhörung schon allein aus der geltenden BA-Satzung gegeben sein.

Christian Müller
Vorsitzender BA 21

Richard Roth
Fraktionssprecher der SPD im BA 21